



Diese Mail ist in deutscher, französischer und italienischer Sprache verfügbar.



Ce courriel est disponible en allemand, en français et en italien.



Questa e-mail è disponibile in lingua tedesca, francese e italiana.



## Deutsch:

Liebe Freunde und Bekannte

Folgende Themen stehen an:

- Aufsichtsbeschwerde an die Eidgenössische Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs
- Antwort der Eidgenössische Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs mit ausführlicher Analyse und Kommentar

### Aufsichtsbeschwerde an die Eidgenössische Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs

Die Aufsichtsbeschwerde an die Eidgenössische Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs (EK-SchK) ist nun auch in französischer und italienischer Sprache vorhanden.

- Französisch: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_plainte.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_plainte.pdf)
- Italienisch: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_reclamo.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_reclamo.pdf)

Damit die Forderungen und die Allgemeinen Bedingungen den Angestellten in den Betreibungs- und Konkursämtern sowie in den Gerichten in Bund, Kantonen und Gemeinden einfacher in Papierform übermittelt werden können, gibt es dazu ebenfalls einen zweiseitigen Auszug mit den Forderungen und den Allgemeinen Bedingungen.

Ihr findet diesen Auszug unter

- Französisch: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_plainte\\_partie\\_conditions\\_gen.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_plainte_partie_conditions_gen.pdf)
- Italienisch: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_parte\\_reclamo\\_condizioni\\_gen.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_parte_reclamo_condizioni_gen.pdf)

Zur Verdeutlichung:

Diese Bedingungen an die Angestellten in den Betreibungs- und Konkursämtern sowie in den Gerichten in Bund, Kantonen und Gemeinden gelten zusätzlich zu den Allgemeinen Bedingungen wie sie in der Aufsichtsbeschwerde vom 3. November 2022 definiert wurden.

- [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bvers\\_20221103\\_beschwerde.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/bvers_20221103_beschwerde.pdf)

# Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs

## Antwort

Die Antwort der Dienststelle Oberaufsicht Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG) vom 8. Dezember 2022<sup>1</sup> kann in Kurzform wie folgt zusammengefasst werden:

- Sie beruft sich auf die Verordnung betreffend die Oberaufsicht über Schuldbetreibung und Konkurs (OAV-SchKG, SR 281.11) vom 22. November 2006, welche am 1. Januar 2007 in Kraft trat.
- Es liege nicht an dieser Dienststelle, zu den vorgebrachten Zweifeln an der Rechtmässigkeit dieser Grundlagen Stellung zu nehmen.
- Nach dem Verständnis der Dienststelle seien gemäss den geltenden Rechtsgrundlagen alle angesprochenen Organisationen im SchKG-Bereich durchwegs Rechtseinheiten des öffentlichen Rechts oder solchen angegliedert.
- Die Aufsichtsbeschwerde sei allen Mitgliedern der Eidgenössischen Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs weitergeleitet worden. Es obliege diesen Mitgliedern, zu entscheiden, ob sie dazu unmittelbar Stellung nehmen wollen.

Unterzeichnet ist das Schreiben von Professor Rodrigo Rodriguez, Bundesamt für Justiz.

Rodriguez ist nicht nur Wissenschaftlicher Berater des Bundesamtes für Justiz (im Direktionsbereich Privatrecht), sondern auch noch Ordinarius für Zivilverfahrensrecht mit Schwerpunkt SchKG an der Universität Luzern sowie Dekan und Studiengangleiter an der Fernuni Brig.

## Rechtsgrundlage

Die Dienststelle Oberaufsicht SchKG verweist bezüglich ihrer Zuständigkeit auf Art. 15 des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG, SR 281.1). In Abs. 1 SchKG ist die Aufgabe des Bundesrates wie folgt beschrieben:

*1 Der Bundesrat übt die Oberaufsicht über das Schuldbetreibungs- und Konkurswesen aus und sorgt für die gleichmässige Anwendung dieses Gesetzes.*

Mit der OAV-SchKG erteilt der Bundesrat in Art. 1 den grundsätzlichen Auftrag an die ihm unterstellten Organisationseinheiten:

*Das Bundesamt für Justiz übt die Oberaufsicht über Schuldbetreibung und Konkurs aus. Die Dienststelle für Oberaufsicht SchKG ist zur selbstständigen Erledigung folgender Geschäfte ermächtigt:*

- a. Erlass von Weisungen, Kreisschreiben und Empfehlungen an die kantonalen Aufsichtsbehörden, die Betreibungs- und Konkursämter und die ausseramtlichen Vollstreckungsorgane zur korrekten und einheitlichen Anwendung des SchKG;*
- b. Erstellen von Mustervorlagen für die in den Betreibungs- und Konkursverfahren zu verwendenden Formulare;*
- c. Inspektion der kantonalen Aufsichtsbehörden, der Betreibungs- und Konkursämter und der ausseramtlichen Vollstreckungsorgane.*

In Art. 3 OAV-SchKG wird die Organisation von Dienststelle und Kommission sowie deren Aufgabe beschrieben:

---

<sup>1</sup> [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221208\\_antwort.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221208_antwort.pdf)

- 1 *Die Eidgenössische Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs berät das Bundesamt für Justiz in der Ausübung der Oberaufsicht. Die Beratung umfasst namentlich Fragen der Rechtsetzung und der Rechtsanwendung.*
- 2 *Die Mitglieder werden durch den Bundesrat ernannt. Die Kommission setzt sich aus höchstens 10 Mitgliedern zusammen.*
- 3 *Den Vorsitz hat die Leiterin oder der Leiter der Dienststelle für Oberaufsicht SchKG. Diese Dienststelle führt das Sekretariat.*

#### Infragestellung der Effizienz der Dienststelle

Der Auftrag der Dienststelle ist in Art. 1 der OAV-SchKG definiert. Sie hat unter anderem die kantonalen Aufsichtsbehörden, die Betreibungs- und Konkursämter und die ausseramtlichen Vollstreckungsorgane zu inspizieren.

Die Oberaufsicht des Bundesrates über das SchKG wurde im Jahre 1892 an das Bundesgericht übertragen und 2007 wieder dem Bundesrat zurückgegeben. Dabei musste die zuständige Stelle in Art. 15 Abs. 1 SchKG von «Bundesgericht» zu «Bundesrat» geändert werden. Ansonsten wurde der gesamte Art. 15 unverändert übernommen.

Aus den Korrespondenzen von Bundesgericht und Parlament ist bekannt, dass der Bundesrat im 19. Jahrhundert bei den kantonalen Aufsichtsbehörden und den Betreibungs- und Konkursämtern anscheinend Kontrollen vor Ort durchführte, was das Bundesgericht im Jahre 1905 ebenfalls beschlossen<sup>2</sup> hat. Doch ab 1916 erfolgten diese Inspektionen nur noch teilweise und ab 1933 gar nicht mehr.<sup>3</sup>

Gemäss Geschäftsbericht des Jahres 1964 wurde der Geschäftsprüfungskommission bekannt gemacht, dass das Bundesgericht keine Kontrollen mehr vor Ort vornimmt. Dies war ein Bestandteil der schrittweisen Aufhebung der parlamentarischen Oberaufsicht.

Gemäss Art. 2 OAV-SchKG haben die kantonalen Aufsichtsbehörden dem Bundesamt für Justiz alle zwei Jahre über die darin definierten Themen zu rapportieren. Das Bundesgericht verlangte diese Berichte ab 1905 jährlich. Eine entsprechende Akteneinsicht beim Bundesgericht vom 11. Januar 2006 ergab, dass solche Berichte zu Beginn der Abgabepflicht noch vollständig abgeliefert wurden. Die Berichte der 1920er und 1930er Jahre wurden infolge des Aktenumfangs nicht kontrolliert, offensichtlich sind aber die Berichte ab 1940 bis in die 1960er Jahre unvollständig und wurden teilweise von den kantonalen Aufsichtsbehörden gar nicht mehr abgeliefert.<sup>4</sup>

Werden aber keine griffigen Inspektionen vor Ort durchgeführt, so sind Berichte nichts weiter als Augenwischerei. Die Geschäftsberichte des Bundesgerichtes sind spätestens ab dem Jahre 1950 tatsachenwidrig, und es muss auch davon ausgegangen werden, dass es um jene der kantonalen Gerichte nicht besser steht.

Bis zum Beweis des Gegenteils ist davon auszugehen, dass auch die Dienststelle für Oberaufsicht SchKG noch nie Inspektionen vor Ort durchgeführt hat. Die Auflistung in der Verordnung soll nur vortäuschen, dass Kontrollen stattfinden und alles redlich und lupenrein zum Wohl des Volkes abläuft.

Da es nicht politische Absicht ist, den Augiasstall auszumisten, muss davon ausgegangen werden, dass alle formellen Massnahmen und die äusserst selektive «Kontrolle» nur dazu dienen, das babylonische System<sup>5</sup> durchzusetzen.

<sup>2</sup> <https://www.bj.admin.ch/bj/de/home/wirtschaft/schkg/kreisschreiben/bund.html>, Kreisschreiben Nr. 14  
<https://www.bj.admin.ch/dam/bj/de/data/wirtschaft/schkg/bund/05-ks-d.pdf.download.pdf/05-ks-d.pdf>

<sup>3</sup> [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem», Position 4.4.2

<sup>4</sup> [www.politik.brunner-architekt.ch](http://www.politik.brunner-architekt.ch) à Politik à Bund à Eingabe 6, vom 17. Februar 2006, Position 4.2

<sup>5</sup> Der Begriff 'Babylon' und 'babylonisch' ist ein Synonym für Fremdherrschaft über die Menschen. Siehe [https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zerstoerung\\_3\\_welten\\_kurzfassung.pdf](https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/zerstoerung_3_welten_kurzfassung.pdf)

Ohne strenge Überwachung und Sanktionen bei Rechtsverletzungen durch Betreibungs- und Konkursämter wird der unkontrollierten Willkür und Korruption Tür und Tor geöffnet. Dies zeigt sich nun auch bezüglich der Frage des Legitimationsverlustes infolge der Umwandlung dieser Ämter in Firmen.

#### Beurteilung der Rechtsauslegung durch die Dienststelle

Aus der Antwort der Dienststelle Oberaufsicht geht eindeutig hervor, dass sie es den einzelnen Mitgliedern der Kommission überlassen wollte, zu entscheiden, ob diese einzeln und unmittelbar Stellung zur Aufsichtsbeschwerde beziehen möchten. Dabei war die Begründung, es falle nicht in die Kompetenz der Dienststelle, die Aufsichtsbeschwerde selbständig zu erledigen, lediglich ein Vorwand, um die Aufsichtsvorgaben völlig zu ignorieren.

Mit diesem Vorgehen wiegelte die Dienststelle die Behandlung der Aufsichtsbeschwerde in Eigenregie ab, obwohl die Kommission verpflichtet ist, diese gemäss Art. 3 Abs. 1 OAV-SchKG bezüglich der Rechtsetzung und der Rechtsanwendung zu beurteilen und deren Ergebnis dem vom Bundesrat delegierten Bundesamt für Justiz zur weiteren Entscheidung zu überstellen. In jedem Fall wäre die Dienststelle verpflichtet gewesen, die Aufsichtsbeschwerde mit oder ohne Empfehlung an die Kommission als Ganzes weiterzuleiten. Dies wurde vorsätzlich unterlassen.

Damit hat Professor Rodrigo Rodriguez ermöglicht, dass die seit bald zwei Jahrzehnten im Justizwesen beschwerten, offensichtlich politisch gewollten Missstände nicht untersucht werden und die staatlich organisierte Korruption weiter gedeihen kann. Das heisst, die Dienststelle schützt das dahinter liegende, babylonische Netzwerk, resp. eine kriminelle Organisation gemäss Art. 260ter StGB. Grundlegend verletzt wird auf diese Weise der verfassungsmässige Anspruch jedes Menschen, von den staatlichen Organen ohne Willkür und nach Treu und Glauben behandelt zu werden (Art. 9 BV) und Art. 13 der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten (EMRK, SR 0.101), der das Recht auf wirksame Beschwerde verlangt.

Dieses vorsätzliche Handeln zeigt einmal mehr, wie genau es doch diese juristischen Koryphäen mit der Rechtskontrolle nehmen, wenn es um die Aufdeckung und Ahndung von Behörden-Verbrechen und um die entsprechenden Netzwerke geht.

#### Verbindlichkeit der SchKG-Rechtsgrundlagen

Auf die Frage der hoheitlichen und handelsrechtlichen Legitimation ging Rodriguez mit keinem Wort ein. Als Jurist wusste er sehr wohl, warum er dazu schwieg:

Die SchKG-Revision mit Änderung der Zuständigkeit der Oberaufsicht in Art. 15 wurde am 27. Dezember 2006 beschlossen und trat auf den 1. Januar 2007 in Kraft. Zu diesem Zeitpunkt war die Eidgenössische Bundesverwaltung bereits (12.07.2006) in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Dieser Verwaltungsrat nennt sich seither amtsanmassend «Bundesrat». Dessen Beschlüsse (z.B. über Gesetzesänderungen) konnten nie in Kraft treten, weil diese Aktiengesellschaft und deren Handlungsberechtigte weder über eine hoheitliche noch über eine handelsrechtliche Legitimation verfügen. Genau gleich verhält es sich mit der Verordnung betreffend die Oberaufsicht über Schuldbetreibung und Konkurs (OAV-SchKG), welche der «Bundesrat» am 22. November 2006 verordnete.

Das Bundesamt für Justiz (BJ) wurde am 6. April 2006 in eine Kapitalgesellschaft als Tochtergesellschaft der Firma Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) umgewandelt. Auch dieses ist wegen der fehlenden Legitimation nicht mehr befugt, hoheitliche Handlungen vorzunehmen.

Rein formell wäre somit also immer noch das Bundesgericht als Oberaufsicht über das SchKG-Wesen zuständig. Doch das Bundesgericht ist inzwischen ebenfalls in eine illegale Kapitalgesellschaft mit einem Verwaltungsrat umgewandelt worden. Deshalb kann und darf es keine hoheitlichen Handlungen vollziehen. Übrigens hat auch das Bundesgericht kürzlich eine SchKG-Aufsichtsbeschwerde kostenpflichtig abgewiesen, anstatt diese an das vorgeblich zuständige Bundesamt für Justiz weiterzuleiten.

## Fehlende hoheitliche Legitimation der Handelnden

Betrachten wir die Legitimation der heutigen Eidgenössischen Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs, so wurde sie vom Bundesrat im Dezember 2019 für die Amtsperiode 2020-2023 neu bestellt.

Zu dieser Zeit war das sich amtsanmassend «Bundesrat» nennende Exekutivorgan schon seit Jahren auch Verwaltungsrat der Eidgenössischen Bundesverwaltung. Weil die Schweizerische Eidgenossenschaft am 18. Februar 2014 heimlich in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt wurde, kamen spätestens mit diesem Datum rechtlich gesehen alle legalen hoheitlichen Aktivitäten in der ganzen Schweiz zum Erliegen.

Das heisst, weder die Übertragung der Oberaufsicht vom Bundesgericht zum Bundesrat, noch das Delegieren der Oberaufsicht an das Bundesamt für Justiz, noch die Handlungen der Kommission und des Vorsitzenden waren hoheitlich legitimiert. Die entsprechende rechtliche Handlungsfähigkeit existiert nicht mehr. Trotzdem massen sie sich an, vorgeblich «amtlich» zu entscheiden.

Der Vorsitzende der Eidgenössischen Kommission für Schuldbetreibung und Konkurs, Professor Rodrigo Rodriguez, ist seit 2014 Leiter der Dienststelle Oberaufsicht und damit gleichzeitig Angestellter des Bundesamtes für Justiz, welches am 6. April 2006 in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt wurde.

Er wurde 2016 zum Titularprofessor der Universität Bern gewählt und ist seit 2017 Ordinarius an der Universität Luzern. Beide Titel werden von den jeweiligen Regierungsräten der Kantone vergeben, in denen die Universitäten domiziliert sind. Der Kanton Bern wurde am 30. Mai 2005 in eine Kapitalgesellschaft umgewandelt und der Kanton Luzern wurde im Jahre 2009 als Aktiengesellschaft mit einem Verwaltungsrat gegründet, womit fest steht, dass Professor Rodrigo Rodriguez seine Titel illegal trägt. Er ist damit in «bester» Gesellschaft.

Der Verein SIPS hat im November 2022 bei mehr als 300 Rechtsprofessoren eine Umfrage zur Privatisierung der staatlichen Organe und Instanzen durchgeführt und ihnen dazu fünf Fragen gestellt. Je fünf Angeschriebene verweigerten die Annahme und retournierten die Anfrage. Nur sieben antworteten, gingen jedoch nicht auf die gestellten Fragen ein. Niemand konnte die thematisierte, massive Illegalität der Umwandlungen verneinen.<sup>6</sup>

Zu den schweigenden «Rechtsgelehrten» gehört auch unser Professor Rodriguez.

Es gibt noch eine weitere Knacknuss bei der vorgeblich hoheitlichen Legitimation zu Schuldbetreibung und Konkursabwicklung: Weder die Politik noch das Bundesamt für Justiz als Aufsichtsbehörde SchKG und schon gar nicht die Dienststelle wollen bisher bemerkt haben, dass gemäss Art. 2 SchKG jedes Betreibungsamt durch einen Betreibungsbeamten und jedes Konkursamt durch einen Konkursbeamten zu leiten ist. Der Beamtenstatus wurde jedoch mit dem Bundespersonalgesetzes (BPG, SR 172.220.1) per 1. Januar 2001 bzw. 2002 aufgehoben und die Kantone folgten dem Trend, wie in der Privatwirtschaft auf Anstellungsverhältnisse zu wechseln. Somit kann seither nach Gesetz kein Betreibungsamt und kein Konkursamt mehr geleitet werden. Auch aus diesem Grund sind alle Handlungen der vorgeblichen Betreibungs- und Konkursämter nichtig.

Weitere Rundmails findet Ihr unter dem Link <https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/>

Mit freundlichen Grüssen

Alex W. Brunner

---

<sup>6</sup> <https://hot-sips.com/wp-content/uploads/2023/01/Umfrage-bei-Rechtsprofessoren.pdf>

## Français :

Chers amis et connaissances

Les thèmes suivants sont à l'ordre du jour :

- Plainte de surveillance à la Commission fédérale en matière de poursuite et des faillite
- Réponse de la Commission fédérale en matière de poursuite et des faillite avec analyse détaillée et commentaire

### Plainte de surveillance auprès de la Commission fédérale en matière de poursuite et des faillite

Le recours en matière de surveillance à la Commission fédérale en matière de poursuite et des faillite (CFPF) est désormais disponible en français et en italien.

- Français : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_plainte.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_plainte.pdf)
- Italien : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_reclamo.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_reclamo.pdf)

Afin de faciliter la transmission sur papier des exigences et des conditions générales aux employés des offices des poursuites et des faillites ainsi que des tribunaux de la Confédération, des cantons et des communes, il existe également un extrait de deux pages contenant les exigences et les conditions générales.

Vous trouverez cet extrait sous

- Français : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_plainte\\_partie\\_conditions\\_gen.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_plainte_partie_conditions_gen.pdf)
- Italien : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_parte\\_reclamo\\_condizioni\\_gen.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_parte_reclamo_condizioni_gen.pdf)

Pour plus de clarté :

Les présentes conditions applicables aux employés des offices des poursuites et des faillites ainsi que des tribunaux fédéraux, cantonaux et communaux s'ajoutent aux conditions générales définies dans le recours en matière de surveillance du 3 novembre 2022.

- Français : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/assfed\\_20221103\\_plainte.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/assfed_20221103_plainte.pdf)

### Prise de position de la Commission fédérale en matière de poursuite et des faillite

#### Réponse

La réponse du service de haute surveillance en matière de poursuite pour dettes et de faillite (LP) du 8 décembre 2022<sup>7</sup> peut être brièvement résumée comme suit :

- Elle se réfère à l'ordonnance relative à la haute surveillance en matière de poursuite et de faillite (OHS-LP, RS 281.11) du 22 novembre 2006, entrée en vigueur le 1er janvier 2007.
- Il n'appartient pas à ce service de prendre position sur les doutes exprimés quant à la légalité de ces bases.

---

<sup>7</sup> Allemand : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221208\\_antwort.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221208_antwort.pdf)

- Selon l'interprétation du service, toutes les organisations visées dans le domaine de la LP sont, conformément aux bases juridiques en vigueur, des entités juridiques de droit public ou des entités qui leur sont rattachées.
- La plainte de surveillance a été transmise à tous les membres de la Commission fédérale en matière de poursuite et des faillite. Il appartient à ces membres de décider s'ils souhaitent prendre position directement sur la question.

La lettre est signée par le professeur Rodrigo Rodriguez, Office fédéral de la justice.

Rodriguez n'est pas seulement conseiller scientifique de l'Office fédéral de la justice (dans le domaine de direction du droit privé), mais aussi professeur ordinaire de droit de la procédure civile avec spécialisation en LP à l'Université de Lucerne ainsi que doyen et directeur des études à l'UniDistance de Brig.

#### Base légale

Le service de haute surveillance LP renvoie, en ce qui concerne sa compétence, à l'art. 15 de la loi fédérale sur la poursuite pour dettes et la faillite (LP, RS 281.1). L'al. 1 LP décrit la tâche du Conseil fédéral comme suit :

*1 Le Conseil fédéral exerce la haute surveillance sur la poursuite pour dettes et la faillite et veille à l'application uniforme de la présente loi.*

Dans l'art. 1 de l'OAV-LP, le Conseil fédéral donne aux unités organisationnelles qui lui sont subordonnées le mandat de base suivant :

*L'Office fédéral de la justice exerce la haute surveillance en matière de poursuite pour dettes et de faillite. Le Service de haute surveillance LP est habilité à régler de manière autonome les affaires suivantes :*

- Édicter des directives, des circulaires et des recommandations à l'intention des autorités cantonales de surveillance, des offices des poursuites et des faillites et des organes d'exécution extrajudiciaires afin qu'ils appliquent la LP correctement et de manière uniforme ;*
- Création de modèles pour les formulaires à utiliser dans les procédures de poursuite et de faillite ;*
- Inspection des autorités cantonales de surveillance, des offices des poursuites et des faillites et des organes d'exécution extrajudiciaires.*

L'art. 3 OAV-LP décrit l'organisation du service et de la commission ainsi que leur mission :

- 4 La Commission fédérale en matière de poursuite pour dettes et de faillite conseille l'Office fédéral de la justice dans l'exercice de la haute surveillance. Les conseils portent notamment sur des questions de législation et d'application du droit.*
- 5 Les membres sont nommés par le Conseil fédéral. La commission se compose de dix membres au maximum.*
- 6 La présidence est assurée par le ou la responsable du Service de haute surveillance LP. Ce service assure le secrétariat.*

#### Remise en question de l'efficacité du service

Le mandat du service est défini à l'art. 1 de l'OAV-LP. Il doit notamment inspecter les autorités cantonales de surveillance, les offices des poursuites et des faillites et les organes d'exécution extrajudiciaires.

La haute surveillance du Conseil fédéral sur la LP a été transférée au Tribunal fédéral en 1892, puis rendue au Conseil fédéral en 2007. A cette occasion, l'organe compétent de l'art. 15 al. 1 LP a dû être modifié de "Tribunal fédéral" en "Conseil fédéral". Pour le reste, l'ensemble de l'art. 15 a été repris sans modification.

On sait par la correspondance du Tribunal fédéral et du Parlement qu'au XIXe siècle, le Conseil fédéral effectuait apparemment des contrôles sur place auprès des autorités de surveillance cantonales et des offices des poursuites et des faillites, ce que le Tribunal fédéral a également décidé en 1905.<sup>8</sup> Mais à partir de 1916, ces inspections ne sont plus que partielles et à partir de 1933, elles ne sont plus du tout effectuées.<sup>9</sup>

Selon le rapport de gestion de l'année 1964, la Commission de gestion a été informée que le Tribunal fédéral n'effectuait plus de contrôles sur place. Cela faisait partie de la suppression progressive de la haute surveillance parlementaire.

Selon l'art. 2 OAV-LP, les autorités cantonales de surveillance doivent faire rapport tous les deux ans à l'Office fédéral de la justice sur les thèmes qui y sont définis. Le Tribunal fédéral a exigé ces rapports chaque année à partir de 1905. Une consultation des dossiers correspondante auprès du Tribunal fédéral du 11 janvier 2006 a révélé que de tels rapports étaient encore livrés intégralement au début de l'obligation de remise. Les rapports des années 1920 et 1930 n'ont pas été contrôlés en raison du volume des dossiers, mais il est évident que les rapports à partir de 1940 et jusque dans les années 1960 sont incomplets et que les autorités cantonales de surveillance ne les ont parfois même plus livrés.<sup>10</sup>

Mais si aucune inspection efficace n'est effectuée sur place, les rapports ne sont rien d'autre que de la poudre aux yeux. Les rapports de gestion du Tribunal fédéral sont contraires aux faits depuis 1950 au plus tard, et il faut partir du principe que ceux des tribunaux cantonaux ne sont pas mieux établis.

Jusqu'à preuve du contraire, il faut partir du principe que même le Service de haute surveillance LP n'a jamais effectué d'inspections sur place. La liste figurant dans l'ordonnance ne vise qu'à faire croire que des contrôles ont lieu et que tout se déroule honnêtement et sans faille pour le bien du peuple.

Comme il n'y a pas d'intention politique de nettoyer les écuries d'Augias, il faut partir du principe que toutes les mesures formelles et le "contrôle" extrêmement sélectif ne servent qu'à imposer le système babylonien.<sup>11</sup>

Sans une surveillance stricte et des sanctions en cas de violation du droit par les offices des poursuites et des faillites, la porte est ouverte à l'arbitraire incontrôlé et à la corruption. C'est ce qui ressort également de la question de la perte de légitimité suite à la transformation de ces offices en entreprises.

#### Appréciation de l'interprétation du droit par le service

Il ressort clairement de la réponse du service de haute surveillance qu'il voulait laisser à chaque membre de la commission le soin de décider s'il souhaitait prendre position individuellement et directement sur la plainte de surveillance. L'argument selon lequel il n'est pas de la compétence du service de traiter de manière autonome les plaintes en matière de surveillance n'était qu'un prétexte pour ignorer complètement les directives en matière de surveillance.

En procédant de la sorte, le service a rejeté le traitement de la plainte de surveillance de sa propre initiative, bien que la commission soit tenue, en vertu de l'art. 3, al. 1, OAV-LP, de l'examiner sous l'angle de la législation et de l'application du droit et de transmettre ses conclusions à l'Office fédéral de la justice, délégué par le Conseil fédéral, pour décision ultérieure. Dans tous les cas, le service aurait été tenu de transmettre la plainte de surveillance à la Commission dans son ensemble, avec ou sans recommandation. Cela a été délibérément omis.

---

<sup>8</sup> <https://www.bj.admin.ch/bj/fr/home/wirtschaft/schkg/kreisschreiben/bund.html>, Circulaire n° 14  
<https://www.bj.admin.ch/dam/bj/fr/data/wirtschaft/schkg/bund/05-ks-f.pdf.download.pdf/05-ks-f.pdf>

<sup>9</sup> Allemand : [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem», Position 4.4.2

<sup>10</sup> Allemand : [www.politik.brunner-architekt.ch](http://www.politik.brunner-architekt.ch) à Politik à Bund à Eingabe 6, vom 17. Februar 2006, Position 4.2

<sup>11</sup> Le terme 'Babylone' et 'babylonien' est synonyme de domination étrangère sur le peuple. Voir [https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/destruction\\_3\\_mondes\\_vers\\_courte.pdf](https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/destruction_3_mondes_vers_courte.pdf)



Le professeur Rodrigo Rodriguez a ainsi permis que les dysfonctionnements dont se plaint le système judiciaire depuis bientôt deux décennies, et qui relèvent manifestement d'une volonté politique, ne fassent pas l'objet d'une enquête et que la corruption organisée par l'État puisse continuer à prospérer. En d'autres termes, le service protège le réseau babylonien qui se cache derrière, c'est-à-dire une organisation criminelle au sens de l'article 260ter du Code pénal. Le droit constitutionnel de toute personne à être traitée par les organes de l'État sans arbitraire et selon les règles de la bonne foi (art. 9 Cst.) et l'art. 13 de la Convention de sauvegarde des droits de l'homme et des libertés fondamentales (CEDH, RS 0.101), qui exige le droit à un recours effectif, sont ainsi fondamentalement violés.

Cette action délibérée montre une fois de plus à quel point ces sommités juridiques sont pointilleuses sur le contrôle du droit lorsqu'il s'agit de découvrir et de punir les crimes commis par les autorités et les réseaux associés.

#### Caractère contraignant des bases juridiques de la LP

Rodriguez n'a pas abordé la question de la légitimité souveraine et commerciale. En tant que juriste, il savait très bien pourquoi il se taisait sur ce point :

La révision de la LP avec modification de la compétence de la haute surveillance à l'art. 15 a été décidée le 27 décembre 2006 et est entrée en vigueur le 1er janvier 2007. A cette date, l'administration fédérale avait déjà été transformée (12.07.2006) en une société anonyme. Depuis lors, ce conseil d'administration s'appelle "Conseil fédéral". Ses décisions (p. ex. concernant des modifications de lois) n'ont jamais pu entrer en vigueur, car cette société anonyme et ses ayants droit ne disposent d'aucune légitimation, ni en matière de souveraineté, ni en matière de droit commercial. Il en va exactement de même pour l'ordonnance relative à la haute surveillance en matière de poursuite et de faillite (OAV-LP), que le "Conseil fédéral" a adoptée le 22 novembre 2006.

L'Office fédéral de la justice (OFJ) a été transformé le 6 avril 2006 en une société de capitaux, filiale de l'entreprise Département fédéral de justice et police (DFJP). Celui-ci n'est plus habilité à effectuer des actes de souveraineté en raison de l'absence de légitimation.

D'un point de vue purement formel, le Tribunal fédéral serait donc toujours compétent en tant que haute surveillance de la LP. Mais le Tribunal fédéral s'est entre-temps transformé en une société de capitaux illégale avec un conseil d'administration. C'est pourquoi il ne peut et ne doit pas accomplir d'actes de souveraineté. D'ailleurs, le Tribunal fédéral a récemment rejeté une plainte en matière de surveillance de la LP, au lieu de la transmettre à l'Office fédéral de la justice, prétendument compétent.

#### Absence de légitimité souveraine des intervenants

Si nous considérons la légitimité de l'actuelle Commission fédérale en matière de poursuite et de faillite, le Conseil fédéral l'a renouvelée en décembre 2019 pour la période administrative 2020-2023.

A cette époque, l'organe exécutif qui s'appelle pompeusement "Conseil fédéral" était depuis des années également membre du conseil d'administration de l'administration fédérale. Comme la Confédération suisse a été transformée en secret en société de capitaux le 18 février 2014, toutes les activités légales de souveraineté ont cessé au plus tard à cette date dans toute la Suisse.

Cela signifie que ni le transfert de la haute surveillance du Tribunal fédéral au Conseil fédéral, ni la délégation de la haute surveillance à l'Office fédéral de la justice, ni les actions de la commission et du président n'étaient légitimés par la souveraineté. La capacité d'action juridique afférente n'existe plus. Malgré cela, ils ont prétendu prendre des décisions "officielles".

Le président de la Commission fédérale en matière de poursuite et de faillite, le professeur Rodrigo Rodriguez, est depuis 2014 chef du service de haute surveillance et donc en même temps employé de l'Office fédéral de la justice, qui a été transformé en société de capitaux le 6 avril 2006.

Il a été élu professeur titulaire de l'Université de Berne en 2016 et est professeur ordinaire à l'Université de Lucerne depuis 2017. Les deux titres sont décernés par les Conseils d'État respectifs des cantons

dans lesquels les universités sont domiciliées. Le canton de Berne a été transformé en société de capitaux le 30 mai 2005 et le canton de Lucerne a été créé en 2009 en tant que société anonyme avec un conseil d'administration, ce qui établit que le professeur Rodrigo Rodriguez porte ses titres de manière illégale. Il est ainsi en "excellente" compagnie.

En novembre 2022, l'association SIPS a mené une enquête auprès de plus de 300 professeurs de droit sur la privatisation des organes et instances de l'État et leur a posé cinq questions à ce sujet. Cinq d'entre eux ont refusé de répondre à l'enquête et l'ont renvoyée. Seuls sept d'entre eux ont répondu, mais n'ont pas abordé les questions posées. Personne n'a pu nier l'illégalité massive des transformations dont il est question.<sup>12</sup>

Parmi les "juristes" silencieux figure notre professeur Rodriguez.

Il existe encore un autre casse-tête concernant la légitimation prétendument souveraine en matière de poursuite pour dettes et de liquidation des faillites : ni les politiques, ni l'Office fédéral de la justice en tant qu'autorité de surveillance LP, et encore moins le service, ne voulurent remarquer jusqu'à présent que, selon l'art. 2 LP, chaque office des poursuites doit être dirigé par un préposé aux poursuites et chaque office des faillites par un préposé aux faillites. Le statut de fonctionnaire a toutefois été supprimé par la loi sur le personnel de la Confédération (LPers, RS 172.220.1) au 1er janvier 2001, respectivement 2002, et les cantons ont suivi la tendance à passer à des rapports de travail comme dans l'économie privée. Ainsi, selon la loi, il n'est plus possible depuis lors de diriger un office des poursuites ou un office des faillites. Pour cette raison également, tous les actes des prétendus offices des poursuites et des faillites sont nuls.

Vous trouverez d'autres circulaires sous le lien <https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/>

Avec mes meilleures salutations

Alex W. Brunner

---

<sup>12</sup> <https://hot-sips.com/wp-content/uploads/2023/01/Sondage-aupres-des-professeurs-de-droit.pdf>

## Italiano:

Cari amici e conoscenti,

i temi di seguito trattati riguardano:

- Ricorso all'autorità di vigilanza inoltrato alla Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento
- Risposta della Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento, con analisi dettagliata e commento

### Ricorso all'autorità di vigilanza inoltrato alla Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento

Adesso il ricorso all'autorità di vigilanza inoltrato alla Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento (CFEF) è disponibile anche in lingua italiana e francese.

- Francese : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_plainte.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_plainte.pdf)
- Italiano : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_reclamo.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_reclamo.pdf)

Per facilitare l'invio in forma cartacea delle nostre richieste e delle Condizioni generali ai dipendenti degli uffici di esecuzione e fallimento, nonché dei tribunali della Confederazione, dei Cantoni e dei Comuni, è disponibile anche un estratto di due pagine con dette richieste e Condizioni generali.

Tale estratto è reperibile alla voce:

- Francese : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_plainte\\_partie\\_conditions\\_gen.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_plainte_partie_conditions_gen.pdf)
- Italiano : [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221130\\_parte\\_reclamo\\_condizioni\\_gen.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221130_parte_reclamo_condizioni_gen.pdf)

Per chiarire:

Le condizioni destinate ai dipendenti degli uffici di esecuzione e fallimento e dei tribunali della Confederazione, dei Cantoni e dei Comuni si applicano in aggiunta alle Condizioni generali definite nel ricorso all'autorità di vigilanza del 3 novembre 2022.

- [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/af\\_20221103\\_denuncia.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/af_20221103_denuncia.pdf)

### Presa di posizione della Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento

#### Risposta

La risposta del servizio incaricato dell'alta vigilanza in materia di esecuzione e fallimento (LEF) dell'8 dicembre 2022<sup>13</sup> può essere sintetizzata come segue:

- Essa si richiama all'Ordinanza del 22 novembre 2006 concernente l'alta vigilanza sull'esecuzione e sul fallimento (OAV-LEF, RS 281.11), entrata in vigore il 1° gennaio 2007.
- Non spettava a questo ufficio esprimere un'opinione sui dubbi sollevati in merito alla legalità di questi principi fondamentali.

---

<sup>13</sup> Tedesco: [https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk\\_20221208\\_antwort.pdf](https://politik.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/ekschk_20221208_antwort.pdf)

- Secondo le informazioni in possesso di tale servizio, tutte le organizzazioni interessate nell'area LEF sono, in base alla base giuridica applicabile, persone giuridiche di diritto pubblico o affiliate a tali entità.
- Il ricorso all'autorità di vigilanza è stato inoltrato a tutti i membri della Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento. Spettava a questi membri decidere se volevano prendere posizione in merito.

La lettera è firmata dal professor Rodrigo Rodriguez, Ufficio federale di giustizia.

Rodriguez non è solo consulente scientifico dell'Ufficio federale di giustizia (Direzione del diritto privato), ma anche professore ordinario di diritto processuale civile, con la LEF come materia principale, all'Università di Lucerna, nonché decano e direttore dei corsi all'Università a distanza di Briga.

## Fondamento giuridico

In riferimento alle competenze del servizio incaricato dell'alta vigilanza in materia di LEF, si rimanda all'Art. 15 della Legge federale sull'esecuzione e sul fallimento (LEF, RS 281.1), nella quale, al comma 1, si descrivono i compiti del Consiglio federale:

*1 Il Consiglio federale esercita l'alta vigilanza sull'esecuzione e sul fallimento, e assicura l'applicazione uniforme della presente legge.*

Con l'Art. 1 dell'OAV-LEF, il Consiglio federale impartisce alle unità organizzative ad esso subordinate il loro compito fondamentale:

*L'Ufficio federale di giustizia esercita l'alta vigilanza sull'esecuzione e sul fallimento. Il servizio incaricato dell'alta vigilanza in materia di LEF è autorizzato ad adempiere autonomamente ai compiti seguenti:*

- a. emanare istruzioni, circolari e raccomandazioni destinate alle autorità cantonali di vigilanza, agli uffici di esecuzione e fallimenti, nonché agli organi d'esecuzione esterni all'ufficio, per l'applicazione corretta e uniforme della LEF;*
- b. elaborare i modelli dei formulari da impiegare nei procedimenti di esecuzione e fallimento;*
- c. eseguire ispezioni presso le autorità cantonali di vigilanza, gli uffici d'esecuzione e fallimento, nonché gli organi d'esecuzione esterni all'ufficio;*

L'organizzazione della Commissione e del servizio in questione, compresi i loro compiti, vengono descritti nell'Art. 3 della OAV-LEF:

- 7 La Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento consiglia l'Ufficio federale di giustizia nell'esercizio dell'alta vigilanza. La consulenza comprende in particolare questioni inerenti alla legislazione e all'applicazione del diritto.*
- 8 I membri vengono tutti nominati dal Consiglio federale. La Commissione si compone al massimo di dieci membri.*
- 9 La presidenza spetta al capo del servizio incaricato dell'alta vigilanza in materia di LEF. Il servizio assume la segreteria.*

## Messa in questione dell'efficienza del servizio

Il compito del servizio è definito nell'Art. 1 dell'OAV-LEF. Tra le altre cose, deve ispezionare le autorità di vigilanza cantonali, gli uffici di esecuzione e fallimento e gli organi di esecuzione esterni all'ufficio.

Nel 1892 l'alta vigilanza del Consiglio federale in materia di LEF è stata trasferita al Tribunale federale, per poi tornare al Consiglio federale nel 2007. Ecco quindi che l'organo competente di cui all'Art. 15

comma 1 della LEF è stato modificato da "Tribunale federale" a "Consiglio federale". Per il resto, l'intero Art. 15 è stato ripreso senza ulteriori modifiche.

Dal carteggio tra il Tribunale federale e il Parlamento risulta che nel XIX secolo il Consiglio federale avrebbe effettuato ispezioni sul posto delle autorità cantonali di vigilanza e degli uffici di esecuzione e fallimento, azione altresì decisa dal Tribunale federale<sup>14</sup> nel 1905. Dal 1916 in poi, però, queste ispezioni sono state effettuate solo in parte e dal 1933 in poi non sono state effettuate affatto.<sup>15</sup>

Secondo il rapporto di gestione del 1964, la Commissione della gestione è stata informata che il Tribunale federale non effettuava più ispezioni sul posto. Questo fa parte della graduale abolizione della vigilanza parlamentare.<sup>16</sup>

Ai sensi dell'Art. 2 dell'OAV-LEF, le autorità cantonali di vigilanza devono presentare ogni due anni un rapporto all'Ufficio federale di giustizia sui temi ivi definiti. A partire dal 1905, il Tribunale federale ha richiesto questi rapporti annualmente. Da un controllo degli atti da parte del Tribunale federale in data 11 gennaio 2006, è emerso che, all'inizio dell'obbligo di consegna, tali rapporti venivano ancora consegnati per intero. I rapporti degli anni '20 e '30 non sono stati controllati a causa delle dimensioni dei fascicoli, e ovviamente i rapporti dal 1940 agli anni '60 sono incompleti e, in alcuni casi, non sono stati nemmeno consegnati dalle autorità cantonali di vigilanza.

Tuttavia, se non ci sono ispezioni effettive sul posto, i rapporti non sono altro che fumo negli occhi. A partire dal 1950, al più tardi, i rapporti di gestione del Tribunale federale sono di fatto errati, e si presume che anche quelli dei tribunali cantonali non siano migliori.

Fino a prova contraria, si deve altresì presumere che pure il servizio incaricato dell'alta vigilanza in materia di LEF non abbia mai eseguito ispezioni sul posto. Il solo scopo dell'elencazione nell'Ordinanza è quello di fingere che i controlli avvengano e che tutto sia fatto in modo onesto e impeccabile per il bene della popolazione.

Poiché non c'è alcuna intenzione politica di risolvere questo pasticcio, si deve presumere che tutte le misure ufficiali e il "controllo" estremamente selettivo servano solo a far rispettare il sistema babilonese.<sup>17</sup>

Senza un monitoraggio rigoroso e senza sanzioni per le violazioni della legge da parte degli uffici di esecuzione e fallimento, si apre la porta all'arbitrio incontrollato e alla corruzione. Ciò è evidente anche per quanto riguarda la questione della perdita di legittimazione a seguito della conversione di questi uffici pubblici in aziende.

#### Valutazione dell'interpretazione della legge da parte del servizio incaricato

Dalla risposta del servizio incaricato dell'alta vigilanza si evince chiaramente la volontà di lasciare ai singoli membri della Commissione la possibilità di decidere se prendere posizione sul ricorso all'autorità di vigilanza in modo individuale e diretto. La giustificazione che non è di competenza del servizio incaricato risolvere autonomamente il ricorso all'autorità di vigilanza è stato solo un pretesto per ignorare completamente le direttive sulla vigilanza.

Con questo modo di agire, il servizio incaricato ha archiviato il trattamento del ricorso all'autorità di vigilanza di propria iniziativa, sebbene la Commissione sia tenuta a valutarlo ai sensi dell'Art. 3 comma 1 della OAV-LEF in relazione alla legislazione e all'applicazione della legge e, su delega del Consiglio federale, a trasmetterne l'esito all'Ufficio federale di giustizia per un'ulteriore decisione. In ogni caso il

<sup>14</sup> <https://www.bj.admin.ch/bj/it/home/wirtschaft/schkg/kreisschreiben/bund.html>, Circolare n. 14  
<https://www.bj.admin.ch/dam/bj/it/data/wirtschaft/schkg/bund/05-ks-i.pdf.download.pdf/05-ks-i.pdf>

<sup>15</sup> Tedesco: [www.brunner-architekt.ch](http://www.brunner-architekt.ch) à Drei Welten à Deutsch à Manifest «Unser manipuliertes Rechtssystem», Posizione 4.4.2

<sup>16</sup> Tedesco: [www.politik.brunner-architekt.ch](http://www.politik.brunner-architekt.ch) à Politik à Bund à Eingabe 6, vom 17. Februar 2006, Position 4.2

<sup>17</sup> Il concetto di "*Babilonia*" e "*babilonese*" è sinonimo di dominazione straniera sugli Uomini. Si veda [https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/distruzione\\_3\\_mondi\\_edizione\\_ridotta.pdf](https://dreiwelten.brunner-architekt.ch/wp-content/uploads/distruzione_3_mondi_edizione_ridotta.pdf)

servizio sarebbe stato obbligato a trasmettere il ricorso all'autorità di vigilanza alla Commissione nella sua interezza, con o senza raccomandazione. Questo aspetto è stato omesso deliberatamente.

Il professor Rodrigo Rodríguez ha quindi fatto in modo che gli abusi palesemente politici denunciati da quasi due decenni nel settore giudiziario non vengano indagati e che la corruzione organizzata dallo Stato possa continuare a prosperare. Ciò significa che il servizio protegge la rete babilonese che vi sta dietro, o un'organizzazione criminale ai sensi dell'Art. 260ter del codice penale svizzero. In questo modo, il diritto costituzionale di ogni Uomo di essere trattato senza arbitrio e secondo il principio della buona fede da parte degli organi dello Stato (Art. 9 della Costituzione federale) e il diritto a presentare un ricorso effettivo ai sensi dell'Art. 13 della Convenzione per la salvaguardia dei diritti dell'uomo e delle libertà fondamentali (CEDU, RS 0.101), sono fundamentalmente violati.

Questa azione deliberata dimostra, ancora una volta, come questi luminari del diritto se la prendono con il controllo legale quando si tratta di scoprire e punire i crimini commessi dalle autorità e dalle relative reti.

#### Natura vincolante del fondamento giuridico della LEF

Sulla questione della legittimazione sovrana e commerciale, Rodriguez non ha speso una parola. Come giurista, sa bene perché ha taciuto:

La revisione della LEF con la modifica delle competenze in materia di alta vigilanza all'Art. 15 è stata adottata il 27 dicembre 2006 ed è entrata in vigore il 1° gennaio 2007, un momento nel quale l'Amministrazione federale era già stata convertita in società per azioni (12/07/2006). Da allora, il Consiglio di amministrazione si è autodefinito "Consiglio federale". Le sue delibere (ad esempio sugli emendamenti legislativi) non sono mai potute entrare in vigore perché questa società per azioni e i suoi agenti autorizzati non sono legittimati né dal diritto sovrano né da quello commerciale. Lo stesso vale per l'Ordinanza concernente l'alta vigilanza sull'esecuzione e sul fallimento (OAV-LEF), emanata dal "Consiglio federale" il 22 novembre 2006.

Il 6 aprile 2006 l'Ufficio federale di giustizia (*Bundesamt für Justiz, BJ*) è stato convertito in società di capitali in veste di filiale dell'azienda Dipartimento federale di giustizia e polizia (DFGP), ma anch'esso, vista la mancanza di legittimazione, non è più autorizzato a compiere atti sovrani.

In termini puramente formali, quindi, il Tribunale federale sarebbe ancora responsabile dell'alta vigilanza sul sistema della LEF, ma anche detto Tribunale è stato convertito in una società di capitali illegale con un proprio Consiglio di amministrazione. Pertanto non può e non deve compiere atti sovrani. Tra l'altro, di recente, anche il Tribunale federale ha respinto un ricorso all'autorità di vigilanza in ambito LEF con addebito delle spese, invece di trasmetterlo all'Ufficio federale di giustizia, apparentemente competente.

#### Mancanza di legittimazione sovrana dei responsabili aziendali

Se guardiamo alla legittimità dell'attuale Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento, vediamo come, nel dicembre 2019, sia stata riconfermata dal Consiglio federale per il mandato 2020-2023.

All'epoca, l'organo esecutivo che si faceva chiamare "Consiglio federale" era, da anni, anche membro del Consiglio di amministrazione dell'Amministrazione federale. Dal momento che il 18 febbraio 2014 la Confederazione svizzera è stata segretamente convertita in società di capitali, al più tardi a quella data tutte le attività legali sovrane si sono fermate in tutta la Svizzera.

In altre parole, né il trasferimento dell'alta vigilanza dal Tribunale federale al Consiglio federale, né la delega di tale vigilanza all'Ufficio federale di giustizia, né l'operato della Commissione e della Presidenza sono stati legittimati dal diritto sovrano. La corrispondente capacità giuridica di agire non è più esistita, ma ciononostante hanno continuato ad arrogarsi il diritto di prendere decisioni in maniera "ufficiale".

Il professor Rodrigo Rodriguez, Presidente della Commissione federale in materia di esecuzione e fallimento, dal 2014 è Capo del servizio incaricato dell'alta vigilanza e, contemporaneamente, dipendente dell'Ufficio federale di giustizia, convertito in società di capitali il 6 aprile 2006.

Nel 2016 è stato eletto professore titolare all'Università di Berna e dal 2017 è professore ordinario all'Università di Lucerna. Entrambi i titoli sono assegnati dai rispettivi Consigli cantonali dei Cantoni in cui hanno sede le università. Il Cantone di Berna è stato convertito in società di capitali il 30 maggio 2005 e il Cantone di Lucerna è stato costituito come società per azioni, con un proprio Consiglio di amministrazione, nel 2009, il che rende evidente come il professor Rodrigo Rodriguez detenga i suoi titoli in maniera illegale. Si trova quindi in "buona" compagnia.

A novembre 2022 l'Associazione SIPS ha sottoposto un sondaggio sulla privatizzazione degli organi ed enti statali a più di 300 professori di diritto, ai quali ha posto cinque domande. Cinque dei destinatari della lettera non l'hanno accettata e hanno mandato indietro la richiesta. Solo sette hanno replicato, senza però rispondere alle domande poste. Nessuno ha potuto negare la forte illegalità delle conversioni oggetto di discussione.<sup>18</sup>

Tra i "giuristi" silenziosi c'è il anche nostro professor Rodriguez.

Nell'ambito della presunta legittimazione sovrana del settore esecuzione e fallimento, tuttavia, c'è un altro grattacapo: né i politici né l'Ufficio federale di giustizia, in qualità di autorità di vigilanza della LEF, e certamente nemmeno il servizio incaricato della stessa, hanno notato che, ai sensi dell'Art. 2 della LEF, ogni ufficio di esecuzione deve essere diretto da un ufficiale esecutore e ogni ufficio dei fallimenti da un ufficiale dei fallimenti. Tuttavia, lo status di dipendente pubblico è stato abolito dalla Legge federale sul personale (*Bundespersonalgesetz, BPG*, RS 172.220.1) rispettivamente il 1° gennaio 2001 e 2002, e i Cantoni hanno seguito la tendenza a passare al rapporto di lavoro come nel settore privato. Pertanto, secondo la legge, da quel momento non è più possibile gestire nessun ufficio d'esecuzione e nessun ufficio dei fallimenti. Per tale motivo tutte le azioni intraprese dai presunti uffici di esecuzione e fallimento sono di fatto nulli.

Altre newsletter sono disponibili nel link <https://politik.brunner-architekt.ch/rundmails/>

Distinti saluti

Alex W. Brunner

---

<sup>18</sup> <https://hot-sips.com/wp-content/uploads/2023/01/Sondaggio-tra-i-professori-di-diritto.pdf>